

## **Postulat über den Kampf gegen Ausbeutung im Sexgewerbe**

eröffnet am 15. September 2015

Wir unterstützen die Zielsetzung, wonach Sexarbeit legal und unter guten Rahmenbedingungen ausgeübt werden kann und Ausbeutungssituationen so weit als möglich verhindert werden sollen. Trotzdem konnte die FDP. Die Liberalen der Botschaft B 138 nicht zustimmen. Insbesondere sehen wir Schwierigkeiten im Vollzug, was die Registrierungspflicht betrifft. Diese Massnahme bedeutet nicht nur einen grossen zusätzlichen Aufwand, sie ist auch nicht geeignet, gegen Schwarzarbeit vorzugehen, im Gegenteil, Illegalität wird damit gefördert. Zudem schützt sie die betroffenen Personen nicht vor einer Ausbeutung.

Wir stehen aber ein für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Menschenhandel und Zuhälterei, bekannte Missstände im Sexgewerbe müssen mit dem Straf- und Ausländerrecht zielgerichtet bekämpft werden. Daher sehen wir die Notwendigkeit einer Bewilligungspflicht für Indoorsexbetriebe, damit die Polizei ihre Kontrollaufgaben einfacher wahrnehmen kann. Heute ist dies nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Wir vertreten aber nach wie vor die Haltung, dass dafür kein neues Gesetz notwendig ist.

Daher bitten wir den Regierungsrat, zu prüfen, in welcher bestehenden Gesetzgebung die rechtlichen Grundlagen ergänzt werden könnten, um der Kontrollbehörde den Zutritt zu Sexbetrieben zu gewährleisten. Wir könnten uns eine Anpassung des Gewerbepolizei- oder des Gastgewerbegesetzes vorstellen, allenfalls eine Anpassung einer bestehenden Verordnung.

*Wolanin Jim*

Dalla Bona-Koch Johanna

Keller Irene

Scherer Heidi

Freitag Charly

Bucher Philipp

Moser Andreas

Müller Damian

Amrein Othmar